

Rede von Stadträtin Madeleine Linke, Fraktionsvorsitzende der **Fraktion GRÜNE/future!** zur Aktuellen Debatte zur drohenden Energie- und Wirtschaftskrise am 06.10.2022 mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten:

- *Welche Maßnahmen werden ergriffen, um Magdeburg, seine Bürger und die Verwaltung auf die drohende Energiekrise vorzubereiten?*
- *Was geschieht, wenn Magdeburg einen lang anhaltenden flächendeckenden Stromausfall erlebt?*
- *Wie kann die öffentliche Ordnung und die Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs gesichert werden?*
- *Welche Konsequenzen ergeben sich für den städtischen Haushalt aus Energie- und Wirtschaftskrise?*

Liebe Stadträt*innen, liebe Einwohner*innen Magdeburgs

Wir befinden uns nicht in einer Energie- und Wirtschaftskrise, sondern in einer Situation, in der Krieg auf dem Kontinent Europa herrscht. Ein Angriffskrieg von Putin und dem Kreml auf den souveränen Staat Ukraine. Egal ob Industrie, Privathaushalte, Gewerbe oder Verkehr, wir benötigen Energie. Elektrische Energie (Strom), aber auch thermische Energie (Wärme). Bis vor Kurzem wurde dieser Bedarf überwiegend fossil gedeckt, gerade bei der Wärme.

Zu lange hat man sich durch die kurzfristig preisgünstige Verbrennung von Kohle, Gas und Öl abhängig gemacht – abhängig von Russland und den fossilen Brenn- und Rohstoffen, die es überwiegend nicht dezentral und lokal gibt, sondern fast ausschließlich nur global bzw. in ganz bestimmten Ländern. Das ist das konkrete Ergebnis von 16 Jahren falscher Politik – Politik die natürlich im Bund und im Land gemacht wurde.

Aber zurück nach Magdeburg, in die Landeshauptstadt.

Welche Maßnahmen werden ergriffen, um Magdeburg, seine Bürger*innen und die Verwaltung auf die drohende Energiekrise vorzubereiten?

Wir, die Fraktion GRÜNE/future! haben schon in der SR-Sitzung am 06.07.2022 zu diesem Thema eine Anfrage mit dem Titel „Energiesparplan Herbst/Winter 2022/2023“ gestellt. Am 06.09.2022, also 2 Monate später haben wir die schriftliche Stellungnahme der Stadtverwaltung erhalten. Zusammen mit der Pressekonferenz vom 04.10.22 kann folgendes Bild gemalt werden:

Als **Sofortmaßnahmen** für kommunale und kommunal verwaltete Gebäude und Liegenschaften werden folgende Dinge genannt:

- Optimierung der Heizanlagenführung und regelmäßigen Schulungen der Hausmeister
- Konsequente Umsetzung Sollvorgaben für Raumtemperaturen und Nennbeleuchtungsstärken in kommunalen Gebäuden
- Weit über 50% des Wärmebedarfes der kommunalen Gebäude wird durch die umweltfreundliche und Gasunabhängige Fernwärme aus dem MHKW Rothensee und dem Biomasseheizkraftwerk Ostelbien gedeckt
- Im Bereich der Stromversorgung liegt der Energieträgermix der SWM bei über 65% Anteil erneuerbaren Energien (Bundesdurchschnitt 44,3%) „Kurzum es wird der normale SWM-Strom bezogen, kein Ökostrom oder wenigstens der SWM Naturstrom“
- Magdeburg wird die von der Bundesregierung beschlossenen kurzfristigen und mittelfristigen Maßnahmen entsprechend der Verordnungslage umsetzen

Aber: „Wenn man nicht weiterweiß, gründe einen Arbeitskreis“. Um die einzelnen Maßnahmen zielgenau umzusetzen, wurde verwaltungsintern eine fachbereichs- bzw. ämterübergreifende

Arbeitsgruppe gebildet. Was davon jetzt als Sofortmaßnahme zu bezeichnen ist, liebe Zuhörer*innen, das lasse ich mal offen. Für mich war das einfach ein Bericht darüber was „sowieso“ schon in den letzten Jahren läuft.

Gehen wir weiter: Wir haben gefragt: Gibt es in der kommunalen Verwaltung „**Handlungsanleitungen**“ für Beschäftigte, die einen sparsamen Energieeinsatz fördern bzw. sind diese in den Gebäuden gut sichtbar? Das war die Antwort: Seit 2012 gilt die Dienstanweisung: Energie, die im Rahmen der Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes alle kommunalen Beschäftigten verpflichtet, sehr sparsam mit Energie umzugehen. Die freien Träger Kommunaler Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, sowie die freien Träger von Kultureinrichtungen sind ebenfalls angehalten, sehr sparsam mit Energie umzugehen.

Das heißt für mich – in der aktuellen Situation wurden die Beschäftigten und freien Träger NICHT nochmal gesondert informiert und auch keine Aushänge oder sonstige sichtbare Hinweise gegeben.

Nächste Frage: Wird die gegebene Situation genutzt, um vorhandene Energiemanagementsysteme auszubauen? Es gibt es aktuell nur noch relativ wenige Energieeinsparpotentiale durch gezielte weitere Optimierungen in der Betriebsführung der Anlagentechniken, Energie einzusparen. Ungeachtet der bereits sehr guten Ausgangslage in der Landeshauptstadt werden alle Heizungsanlagen/-systeme auf weitere Optimierungsmöglichkeiten hin untersucht.

Nächste Frage: Werden andere Maßnahmen in Betracht gezogen, die kurzfristig zu einer Energieeinsparung beitragen können? (bspw. Home-Office, Änderung von Öffnungszeiten, Absenkung der Wassertemperatur in Freibad/Hallenbad o.ä. Dazu Verweis auf die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe (Beratungen am 10.08.+24.08.2022).

Bäder: Wasser- und Lufttemperaturen wurden um 1 °C abgesenkt, Technik, Lüftungsanlagen und Beleuchtung werden regelmäßig auf ihre optimalen Einstellungen geprüft. Aktuell führt das Fraunhofer-Institut im Auftrag des Fachbereiches Schule und Sport eine Potenzialanalyse in den kommunalen Schwimmhallen durch. Auf Basis eines speziellen Konzeptes soll eine Entscheidungsgrundlage für künftige Energieplanungs- und Betriebskonzepte gegeben werden. Mit ersten Ergebnissen (Beispiel Schwimmhalle) wird in ca. 2 Monaten gerechnet.

Es werden weitere Maßnahmen aufgeführt, wie die Absenkung der Raumtemperatur in Verwaltungsgebäuden auf 19°C; Einsparungen durch Standortaufgaben und andere mehr

Diese Vorschläge aus der Stadtverwaltung sind unserer Meinung nach nicht ausreichend. Die Stadt (-verwaltung) sollten wirklich als Vorbild fungieren und natürlich auch in eigenem Interesse (uns als Stadt erwarten sehr krasse Mehrausgaben im Bereich Energie) so viel Energie wie möglich einsparen, ohne Bürger*innen oder Beschäftigte zu stark einzuschränken.

Deshalb unsere Forderungen: In die bestehende verwaltungsinterne **Arbeitsgruppe** gehören auch der KGM als Objektverwaltung, Kämmererei, Klimaschutzmanagement und Vertretung des örtlichen Energieversorgers (SWM) sowie die städtische Wobau mit hinein.

Wir brauchen jetzt einen niederschweligen Zugang zu Wohngeld und zum Sozialamt und umgehende Aufstockung im Personal in diesem Bereich, damit erheblich mehr Menschen von Wohngeld profitieren können und auch kurzfristig für einmalig erhöhte Energiekosten Hilfe beantragt werden kann.

Schaffung von Strukturen um Menschen zu unterstützen, die akut von Existenzängsten betroffenen sind – und damit meine ich keine Wärmeräume, sondern warmes Essen, Unterstützung der Tafeln und Bahnmissionsmission und Grundnahrungsmittel.

Bundeshilfen für unsere kommunalen Energie- und Wohnungsunternehmen (SWM+Wobau) sowie die Genossenschaften anfordern, die an der Basis für Energieversorgung und Daseinsvorsorge zuständig sind → perspektivisch auch Hilfe für Unternehmen vor Ort.

Ein kommunaler **Härtefallfonds** z.B. für Vereine oder kulturelle Einrichtungen etc. sollte eingerichtet werden, die Gelder können später ggf. vom Bund zurückgeholt werden.

Bei der Reduzierung von Beleuchtungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen ist dennoch auf die Sicherheit insbesondere für schutzbedürftige Menschen (insbesondere junge Frauen und Kinder) zu achten. Dies gilt nicht für den Weihnachtsmarkt und die Lichterwelt – hier hätten wir uns eine deutliche Reduzierung der Strommengen gewünscht. Deshalb sollten jetzt wenigstens Werbeanlagen, die beleuchtet sind und viel Licht emittieren, auf jeden Fall ganz abgeschaltet werden.

Ausbau der Erneuerbaren Energien im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung ist zu beschleunigen, dafür ist auch die SWM in die Pflicht zu nehmen, aber auch die Stadt als Vorbild. Nutzen wir doch endlich jetzt unsere Dachflächen und wenn das nicht hinzubekommen ist, dann verpachten Sie doch jetzt unsere Dächer und unterbindet nicht diese Prozesse!

Kommen wir zum zweiten großen Themenbereich. Mal wieder wird von der AfD das Schreckgespenst „Blackout“ heraufbeschworen. Blackout ist übrigens ein Kampfbegriff aus der rechten bzw. erzkonservativen Szene. Deshalb bin ich zutiefst betrübt darüber diesen Begriff in der Pressekonferenz und auch heute Morgen in der Volksstimme zu lesen. Ein Blackout ist übrigens ein unvorbereiteter, großflächiger Stromausfall. So etwas gab es in ganz Europa seit 2003 nicht und ich als Energieexpertin bin davon überzeugt: Er wird auch jetzt nicht kommen. Bundesnetzagentur und Expert*innen sind sich nämlich einig: Die Gefahr ist äußerst gering. Ein flächendeckender Blackout ist sehr unwahrscheinlich.

Ich als Ingenieurin für Erneuerbare Energien, die sich in unzähligen Vorlesungen mit Frequenz- und Spannungshaltung beschäftigt habe, kann ebenso wie andere Expert*innen, die übrigens auch an der Uni und Hochschule in Magdeburg sitzen, sagen: Die Netzstabilität ist gegeben. Ein Blackout, aber auch kurzzeitige Stromausfälle werden nicht kommen.

Ich will betonen: Wir haben nicht zu wenig elektrische Energie, die in Deutschland produziert wird. Wenn haben wir ein Problem in den Netzleitungen. Aber auch das NICHT in Ost- und Mitteldeutschland. Katastrophen- und Zivilschutz und die Vorbereitung auf den schlimmsten Fall, Stichwort Flut und verschiedene andere Szenarien sind eine Grundlage und Mainstream.

Ich bin mir sicher, dass die Landeshauptstadt da gut vorbereitet ist. Da hilft keine Panikmache. Die Gasumlage ist gefallen, der Gaspreisdeckel und die Strompreisbremse sind da.

Lassen sie uns gemeinsam konkret Energie einsparen und Anlagen sowie Einstellungen optimieren und dabei den genauen Blick auf die Schwächsten in dieser Stadt nicht verlieren. So kommen wir gut durch Herbst und Winter – ohne Panik, Hass und Endzeitstimmung – sondern in Solidarität und gestärkt.

Es gilt das gesprochene Wort!

gez. Madeleine Linke
Fraktionsvorsitzende